

Haushaltsrede 09.10.2019

**Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordneten,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Frau Korff und Herr Betz vom BBV,**

deutlich früher als noch in den zurückliegenden Jahren bringen wir den Haushaltsentwurf in diesem Jahr bereits im Oktober in den Rat ein. Damit haben wir die Möglichkeit, den Haushalt 2020 zum Jahresende und somit vor Beginn des eigentlichen Haushaltsjahres zu verabschieden.

I.

Die wichtigsten Informationen zum Haushalt vorweg, bevor nach mir unser Kämmerer Hermann-Josef Schmeing den Haushaltsentwurf im Einzelnen präsentieren wird.

Wir werden mit dem Haushaltsentwurf 2020 leider wieder einen Haushalt mit negativen Ergebnis präsentieren, der prognostizierte Jahresfehlbetrag liegt bei -822.700 €. Mit dem Haushaltsentwurf 2019 hatten wir für das Haushaltsjahr 2020 ein Jahresergebnis von +940.700 € prognostiziert. Rechnerisch ergibt dies einen Differenzbetrag von 1.673.400 €.

Der Jahresfehlbetrag für das Haushaltsjahr 2020 wird aber durch die in den letzten Jahren erfreulicherweise angesparte Ausgleichsrücklage gedeckt, so dass wir zumindest von einem fiktiv ausgeglichenen Haushalt reden.

Die Hebesätze der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer bleiben unverändert.

Bereits im vergangenen Jahr hatten sowohl der Kämmerer, als auch ich auf eine schwächelnde Konjunktur, entgegen teilweiser politischer Ansichten hier im Rat, hingewiesen und der letzte Controllingbericht des Kämmerers hat es auch gezeigt, dass die finanziellen Folgen der Handelskonflikte in der Welt und der Brexit bereits in diesem Jahr auch in Rhede feststellbar sind. In Rhede, aber auch in den Nachbarstädten haben die ersten Unternehmen bereits

Kurzarbeit eingeführt. Es war somit die richtige Empfehlung und Weitsicht von Kämmerer und Bürgermeister die Hebesätze für den Haushalt 2019 nicht anzurühren und mit dieser Politik wollen wir auch in diesem Jahr fortfahren. An dieser Entscheidung ändert auch die Tatsache eines prognostiziert positiven Ergebnisses für 2023 nichts, da die Kreditverbindlichkeiten für den Kernhaushalt auf ca. 37 Mio Euro ansteigen werden.

In der Steuerdiskussion Anfang des Jahres hatte ich bereits deutlich gemacht, dass der geplante Haushaltsüberschuss für das Haushaltsjahr 2019 auch zu einem wesentlichen Teil auf Mittel des Landes bzw weitergeleiteter Mittel des Bundes zurückzuführen war. Ohne diese Mittel und mit der beantragten Steuersenkung hätte der Haushaltsentwurf 2019 bereits mit einem negativen Ergebnis geendet.

Dass die Bundes- und Landesmittel keine verlässlich einzuplanenden Finanzmittel sind, habe ich ebenfalls betont und die Diskussion um die Integrationspauschale hat dies auch bestätigt.

Was sind jetzt die Ursachen insgesamt für den erneut nicht originär ausgeglichenen Haushalt, abweichend von unserer Prognose mit dem Haushaltsentwurf 2019?

1. OGS

Die Betreuung in den Grundschulen (OGS und ÜMI) wird im Jahr 2020 neu ausgeschrieben. Die bisher für die Rheder Grundschulen ausgeschrieben hohen Betreuungsstandards werden beibehalten, es ist aber absehbar, dass uns diese Leistungen auch mehr kosten werden. Darüber hinaus hat die Verwaltung noch aus den Haushaltsberatungen für 2019 den Auftrag der Politik für eine zusätzliche Beitragsermäßigung (Kostenansatz: 40.000 €) umzusetzen. Aufgrund der Personalknappheit im Fachbereich 20 – neue Fachbereichsleitung, dadurch bedingte Nachbesetzungen – wird diese Maßnahme zum Schuljahresbeginn 2020/2021 erst umgesetzt werden können.

Ferner werden wir, sofern die Bewerbungsgespräche erfolgreich abgeschlossen sind, auch die Schulsozialarbeit im laufenden Schuljahr

einführen, die Mehrkosten liegen bei 45.000 € Personalkosten zzgl. Sachmitteln.

2. Kita

Ein immer steigender Bedarf an Betreuungsplätzen, auch zurückzuführen auf einen Anstieg der Geburtenzahlen erforderten einen stetigen Ausbau der Kita-Plätze. Wurde 2014 noch eine „Im Schlatt“ vorgesehene Fläche für eine Kita mangels sinkender Geburtenraten aufgegeben, musste in den Folgejahren eine viergruppige Kita an der Mittelmannstraße errichtet werden und aktuell ist eine weitere viergruppige Kita am Krommerter Weg in Planung. Darüber hinaus hat die Landesregierung beschlossen, das Eltern ab dem Kita-Jahr 2020/2021 für die letzten beiden Kita-Jahre vor der Einschulung keine Kita-Beiträge bezahlen müssen. Die weggefallenen Einnahmen will das Land den Kommunen erstatten.

Möglich wird die zusätzliche Finanzspritze des Landes auch durch das Gute-Kita-Gesetz des Bundes. Ich begrüße diese Entscheidung der Landesregierung ausdrücklich, bringt sie doch Entlastung bei den Familien. Wie eine NRW-weite Studie in diesem Jahr gezeigt hat, leben im Kreis Borken die meisten Großfamilien, die von dieser Änderung profitieren werden. Bleibt nur zu hoffen, dass die Kommunen auch den vollen Ausgleich durch das Land bekommen und nicht mit weiteren Belastungen belegt werden, wenn die finanziellen Mittel des Landes sich verschlechtern.

3. Natur und Umwelt

Die Auswirkungen der Klimaveränderungen mit den heißen Sommern bei wenig Regen in Rhede sind spür- und sichtbar. Die Schäden an Bäumen durch die Trockenheit, der Borkenkäferbefall an den Fichten und Plagen wie dem Eichenprozessionsspinner sind enorm. Allein in 2019 sind nur für den Eichenprozessionsspinner Ausgaben von über 50.000 € angefallen. Gefühlt sind wir dem Problem des Eichenprozessionsspinners trotz der hohen Ausgaben, kaum Herr geworden, so dass wir in 2020, beim entsprechendem Sachkonto den Ansatz von 15.000€ auf 95.000 € angehoben haben.

Auch stehen die Kommunen des Kreises Borken bzgl. einer wirksamen Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners in einem engen Austausch.

Ziel ist es, aus den Erfahrungen der letzten Jahre die bestmögliche Strategie für ein einheitliche Vorgehen zu finden. Hierzu wird es im November auf einer Konferenz der Ordnungsbehördenleiter u.a. einen weiteren Austausch geben.

4. Integrationspauschale

Für den Haushalt 2019 hatte der Bund ca. 4 Mrd Euro als Integrationspauschale an die Länder gezahlt und NRW leitete die erhaltenen ca. 430 Mio Euro 1 zu 1 an die Kommunen weiter. Deshalb konnten wir für den Haushalt 2019, abweichend von unserer damaligen Prognose von 150.000 €, 600.000 € einplanen.

Jetzt hat das Kind einen neuen Namen bekommen und heißt nicht mehr Integrationspauschale, sondern Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke (Migrationspauschale). Statt 4 Mrd Euro zahlt der Bund auch nur noch 700 Mio Euro für 2020 an die Länder. Auf NRW entfällt damit ein Betrag von 140 Mio Euro und damit 2/3 weniger, als noch im vergangenen Jahr. 2021 werden es nur noch 500 Mio Euro sein, die der Bund zahlt und in der Folge auch nur noch 100 Mio, die das Land weiterleiten kann, wenn das Land die Gelder an die Kommunen voll durchreicht.

Damit stehen dem städtischen Haushalt für 2020 aus der ehemaligen Integrationspauschale 400.000 € weniger zur Verfügung.

Der Bund setzt damit ein Zeichen, leider mit dem falschen Vorzeichen. Mit der Integration der Flüchtlinge übernehmen die Kommunen eine Aufgabe des Bundes und des Landes, erhalten aber nicht die dafür erforderliche Finanzausstattung. Integration ist eine Daueraufgabe, die unverzichtbar ist und nicht den finanziellen Spielchen der Politik unterworfen werden darf. Personalkosten in der Verwaltung, KITAS, Schulen, außerschulische Betreuung, Schulsozialarbeit, Vermittlung in Sprachkurse, Ausbildung und Arbeit, alles Maßnahmen, die hier vor Ort durch die Kommunen mit tatkräftiger Unterstützung des Ehrenamtes zu leisten sind und die wir mit kommunalen Mitteln zu stemmen haben.

Es ist bedauerlich, dass die Verantwortlichen in Berlin die Chancen nicht sehen, die eine gute Integration für unser Land bedeutet und die Risiken ausblenden.

Wir hatten am 29.08.19 ein Treffen mit der Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Münster, Frau Feller. Auch dort ging es um die Flüchtlingshilfe, u.a. auch um die Kosten der geduldeten Flüchtlinge, d.h. der Personenkreis, dessen Asylverfahren negativ beschieden wurde, die aber aus tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden können. Hierfür gibt es nach Abschluss des Asylverfahrens nur für eine Übergangszeit von drei Monaten finanzielle Unterstützung. Diesen Missetand haben wir Bürgermeister aus dem Kreis Borken bereits im vergangenen Jahr bei einem Treffen mit dem Staatssekretär aus dem Ministerium von Minister Stamp angesprochen und auf Unterstützung gedrängt.

Anlässlich der Unterredung mit Frau Feller ist uns durch das Land über die Bezirksregierung mitgeteilt worden, dass es für diese Kosten u.a. auch die Integrationspauschale gibt. Heißt also im Ergebnis, neben der Kürzung der Pauschale sollen wir das Geld auch noch zweckwidrig für die Unterbringung und Versorgung abgelehnter Asylbewerber einsetzen. Hier werden die Kommunen, die eine nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallende Aufgabe übernehmen, abermals im Regen stehen gelassen und finanziell belastet.

Seit einem Jahr liegt der NRW-Landesregierung ein von ihr beauftragtes Gutachten vor, in dem die realen Kosten pro Flüchtling und Jahr ermittelt wurden. Demnach muss eine NRW-Kommune für die Versorgung und Unterbringung pro Jahr und Flüchtling im Durchschnitt 12.900 € aufwenden. Vom Land werden aktuell aber nur 10.400 € erstattet und damit 2.500 € pro Flüchtling und Jahr weniger als tatsächlich nach dem Gutachten benötigt.

5. Einbruch der Konjunktur

Neben den erhöhten oder sich immer noch auf einem hohen Niveau befindlichen Ausgaben bleiben die Einnahmen auf der Ertragsseite hinter den Erwartungen zurück. Die schwächelnde Konjunktur führt zu einer Reduzierung der Gewerbesteuerereinnahmen und den Gemeindeanteilen an

der Einkommens- und Umsatzsteuer. Allein hier ergibt sich zu der Prognose aus dem Vorjahr eine negative Veränderung von ca. 830.000 €. Weil die Ökonomen erst vom Anfang einer Rezession sprechen, sind wir durch die aktuellen Zahlen des Haushalts gewarnt und müssen zukünftig wieder verstärkt die Ausgaben hinterfragen.

II.

Meine sehr verehrten Damen und Herrn Stadtverordneten, wir haben in den letzten Jahren sehr viel Geld an unterschiedlichsten Stellen in unsere Infrastruktur investiert. Dies ist uns ein Stück weit auch leichter gefallen, weil die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dieses ermöglichten. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2020 weist leider ein negatives Ergebnis aus. **Dennoch werden wir unsere Bemühungen und Investitionen in die Infrastruktur nicht zurückfahren.** Wir dürfen und sollten nicht den Fehler der Vergangenheit wiederholen. Ein geflügelter Satz, der mir an unterschiedlichsten Stellen immer wieder begegnet ist: „Der Mangel muss sichtbar werden.“

Nein, meine verehrten Damen und Herren Stadtverordneten, wenn ein Mangel sichtbar wird, wird es auch teuer, weil dann Instandsetzungsarbeiten nicht mehr ausreichen und später grundlegende Sanierungsarbeiten mit wesentlich höheren Kosten erforderlich werden.

Wir bekommen die Diskussion, gerade auf Bundesebene immer wieder mit. Ist es richtig, die „schwarze Null“ unter dem Haushalt stehen zu haben oder ist es nicht sinnvoller, bei dem derzeitigen günstigen Zinsniveau, verstärkt zu investieren, auch wenn dies bedeutet, dass wir ein Stückweit die heutigen Schulden auf die nachfolgenden Generationen mit abwälzen?

Wir möchten aber auch, dass die nachfolgenden Generationen unter optimalen Bedingungen in Rhede leben und ausgebildet werden. Insofern ist es meiner Meinung nach vertretbar, auch weiterhin in die Infrastruktur zu investieren, damit die Menschen in Rhede bleiben, hier optimale Bedingungen vorfinden und sich in Rhede wohlfühlen. **Gestalten statt nur verwalten** ist das Gebot der Stunde.

Wer sich Gedanken über die Zukunft seiner Stadt macht, sei es die Aufenthaltsqualität der Innenstadt, den Mangel an Parkraum oder perspektivisch für zu entwickelnde Quartiere, zeigt den Willen, die Zukunft aktiv gestalten zu wollen. Ob und was letztendlich umgesetzt wird und umsetzbar ist, wird entschieden, wenn Zahlen und Fakten auf dem Tisch liegen. Solche Überlegungen zu kritisieren und als Leuchtturmprojekte zu betiteln, lässt politischen Weitblick gänzlich vermissen.

Im nächsten Jahr sind Kommunalwahlen. Wir haben in der dann abgelaufenen Wahlperiode eine ganze Menge für Rhede erreicht, was nach der schwierigen wirtschaftlichen Situation 2014/2015 so sicherlich nicht zu erwarten war. Aber auch für die nächsten fünf Jahre stehen große Herausforderungen an. Geplant ist der Neubau der Overbergschule, die Standortfrage ist zur Zeit noch nicht abschließend geklärt, die Erweiterung oder der Neubau des Feuerwehrgerätehauses und die Sanierung der Wirtschaftswege in den Außenbereichen von Rhede. Daneben werden noch Großprojekte wie die Sanierung der Gesamtschule und die bis dahin angelaufene Sanierung des Klärwerks abzuschließen sein. Diese ehrgeizigen Projekte umzusetzen und dabei die Grundsätze einer sparsamen Haushaltsführung stets zu beachten, ist eine Herausforderung, der sich alle Verantwortlichen stellen müssen.

Bezahlbarer Wohnraum ist nicht nur in den Ballungszentren ein ständiges Thema, auch Rhede hat hier dringenden Nachholbedarf. Insofern ist es zu begrüßen, dass wir in allen Neubaugebieten einen entsprechenden Anteil an bezahlbarem Wohnraum vorsehen und auch in der Innenstadt an der ein oder anderen Stelle bei Projekten solcher Wohnraum geschaffen wird.

Im Herbst kommenden Jahres wird das Projekt „Stadthöfe am Rheder Bach“ abgeschlossen sein. Mit Unterstützung auch der Politik ist im Kern unserer Stadt etwas entstanden, was, nach den ersten Planungen Anfang der 80-er Jahren und einigen Rückschlägen, kaum noch jemand für möglich gehalten hat.

Mein Dank gilt hier der Hengsternmann Unternehmensgruppe, in persona von Frau Birgit und Sandra Hengsternmann, aber auch den vielen Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern in der Verwaltung unter maßgeblicher Führung unseres 1. Beigeordneten Hubert Wewering.

Die Rheder Innenstadt hat mit den Stadthöfen nicht nur einen neuen attraktiven Innenstadtkern mit hoher Aufenthaltsqualität erhalten, mit dem Restaurant „Trüffel und Bohne“, dem gerade im Bau befindlichen Hotel, der Ansiedlung von Ärzten und neue Gewerbeflächen, dem wunderschönen Geschäft der VWG wird es zwangsläufig auch zu einer spürbaren Belebung unserer Innenstadt kommen. Eine Frequenzsteigerung an Besuchern in der Innenstadt war immer das oberste Ziel dieser geplanten Innenstadtentwicklung.

Insofern geht auch mein Dank an die Wirtschaftsförderung der Stadt Rhede, Frau Holthöfer-Büse und an die VWG mit ihrer Geschäftsführerin Frau Kormann.

Beiden zusammen ist es nicht nur gelungen, die Stadthöfe in Zusammenarbeit mit der Hengstermann Unternehmensgruppe mit Leben zu füllen, auch das leadergeförderte Projekt Rhedenswert (Schaufenster der Wirtschaft) verdanken wir den beiden Akteuren.

Mit Hochdruck und Nachdruck müssen wir jetzt alles daran setzen, den immer noch bemerkenswert geringen Leerstand in Rhede weiter zurück zu führen, insbesondere so prägende Immobilien wie das Hotel Rössing und Tante Änne müssen schnell einer Nutzung zugeführt werden.

Ganz wichtig und entscheidend für den engagierten Einzelhandel in Rhede sind die vielen inhabergeführten Geschäfte. Ich hoffe, dass trotz der starken Konkurrenz aus dem Internet den Rhedensern die gute Beratung und Qualität vor Ort was wert ist und sie weiterhin in Rhede einkaufen. Es lohnt sich!

Rhede ist über seine Stadtgrenzen hinaus bekannt für seine **ausgezeichnete Gastronomie und für Gemütlichkeit**. Ich hoffe und bin zuversichtlich, dass die Stadthöfe den nötigen und erforderlichen Schub dafür geben, dass sich auch an der einen oder anderen Stelle noch etwas bewegt.

Damit die Aufenthaltsqualität in Rhede weiter gesteigert wird, ist auch eine Aufwertung der Flächen vor dem Rathaus und vor der Kirche erforderlich. Hierzu laufen erste Planungen im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes und auch hier bin ich zuversichtlich, dass wir gemeinsam mit der Politik machbare und bezahlbare Lösungen erarbeiten.

Neben einer attraktiven Innenstadt, die in absehbarer Zeit auch noch durch die Sanierung des alten Klosters erweitert wird, steht Rhede aber auch für **Schokolade und Genuss**. Wir haben in Rhede drei Betriebe, namentlich die Pralinenmanufaktur Groß-Bölting, Schokodragee und Pralinenbote, die weit über die Stadtgrenzen hinaus für ihre Produkte bekannt sind. Wir werden zukünftig verstärkt deshalb als Stadt Rhede auch auf das Thema Schokolade setzen. Mit dem durch das Stadtmarketing neu entwickelten Konzept zum Weihnachtsmarkt wird ein erster Anfang in diese Richtung unternommen.

Ein dritter Baustein für den Rhede bekannt ist, sind die vielen **attraktiven Veranstaltungen**, sei es die bekannten Großveranstaltungen in der Innenstadt (Maiensonntag, Hobbytrödelmarkt, Kirmes und Klumpensonntag) oder die vielen Events im Rheder Ei. Hier gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtmarketing Rhede, die ständig mit kreativen Ideen das kulturelle Leben in Rhede bereichern. Ein Höhepunkt in diesem Jahr war sicherlich das Konzert der Big-Band der Bundeswehr mit unseren Lokalmatadoren Susan Albers und Andreas Sicking. Mit dem Ehrenamtsempfang vorab in Rheder Ei, organisiert und geplant von unserer Ehrenamtskoordinatorin Katharina Epping, ein unvergessliches Erlebnis.

Auch für 2020 sind wieder tolle Veranstaltungen in Planung, u.a., wie dem BBV am Samstag zu entnehmen war, eine Lesung von Altbundespräsident Joachim Gauck im Rheder Ei. Insofern geht auch mein Dank an die Politik, die für die Veranstaltungen in Rhede die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stellt.

Wir sind eine Stadt mit knapp 20.000 Einwohnern, was hier aber auf die Beine gestellt wird und das mit einem überschaubaren Mitteleinsatz, wird über die Stadtgrenzen hinaus wahrgenommen und anerkannt und darauf dürfen wir wahrlich stolz sein.

Durchaus beachtlich ist auch, was wir in Rhede für unsere Kinder und Jugendlichen anbieten. Wir haben zwar kein MC Donald oder ein Kino, wir bieten aber mit all unseren Vereinen in Rhede ein umfangreiches Programm zur Freizeitgestaltung an. Auch im Gönni wird tolle Arbeit geleistet, wie die Sprayer-Aktion im September eindrucksvoll belegt hat. Im Gönni haben viele Jugendliche einen Ort gefunden, an dem sie sich gerne aufhalten, der für

einige ein zweites Zuhause ist, an dem sich die Kinder und Jugendlichen mit Freunden treffen oder die Außenanlagen zum Spielen nutzen.

Entgegen der Kritik aus den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2019 investieren wir jedes Jahr sehr viel Geld in unsere Kinderspielplätze, nicht nur im Innenstadtbereich, sondern im gesamten Stadtgebiet. Mit den Spielplätzen Mozartstraße, Nürnberger Straße, Pastuurs Grund, Schulzentrum, Zur Rennbahn, Am Forsthaus, Bürgerpark/Pastors Busch möchte ich hier nur beispielhaft die nennen, in denen allein in den letzten vier Jahren erheblich investiert worden ist.

Und es stehen weitere, nicht unwesentliche Investitionen an. Auch der mit dem letzten Haushalt ins Spiel gebrachte Spielplatz Winkelhauser Esch soll seine Chance bekommen. Wegen der sehr hohen Kosten steht er aber in Konkurrenz mit einem weiteren, sich als Großspielplatz eignenden Spielplatz.

Neben Spielplätzen haben wir in den letzten Jahren viel Geld in den Kita-Ausbau gesteckt/stecken müssen. So entstand eine viergruppige Kita an der Mittelmannstraße und auch am Krommerter Weg soll eine weitere viergruppige Kita entstehen. Nach aktuellem Stand haben wir für die Errichtung der Kita einen Investor. Der Betrieb einer solchen Kita verursacht aber dennoch immer Kosten bei der Stadt Rhede. **Die Vereinbarung von Familie und Beruf** ist aber eines unserer Ziele, das hinter diesen ganzen Investitionen im Kita-Bereich und der außerschulischen Betreuung steckt.

Dankens- und anerkennenswert ist auch der Einsatz unseres Bündnisses für Familie. Die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer übernehmen die Neugeborenenbegrüßung, organisieren alle zwei Jahre das „Abenteuer Unternehmen“ und begleiten die jährliche Wunschbaumaktion.

Ein leider immer wieder nicht so angenehmes Thema ist die Sanierung der Gesamtschule. Die Arbeiten laufen nur schleppend, dennoch lassen sich die Klassenräume, die fertig sind, sehen. Sie sind ausgestattet mit modernster Technik und das pädagogische Konzept der Schule ist hervorragend, wie uns erst vor zwei Wochen ein Vertreter der Bezirksregierung Münster versicherte. Insofern gilt hier mein Dank dem Schulleiter, Herrn Achim Schäffer und dem gesamten Lehrerkollegium.

Wir werden alles in unserer Macht stehende unternehmen, damit das Schulgebäude schnellst möglichst den Anforderungen eines geregelten Schulbetriebes gerecht wird.

Ein politisch sehr wichtiges Thema, was zur Zeit in Berlin beraten wird, ist die Novellierung des Grundsteuergesetzes. Spätestens bis zum 31.12.2019 muss der Gesetzgeber eine Neuregelung treffen, die eine realitätsgerechte Besteuerung, auch im Verhältnis der Grundstücke zueinander, gewährleistet. Für die administrative Umsetzung hat das Bundesverfassungsgericht eine weitere Frist, bis 31.12.2024, gesetzt.

Die Grundsteuern sind eine der tragenden Säulen der Gemeindefinanzierung. Es wäre fatal, wenn sich die Parteien in Berlin nicht bis zum Jahresende auf die erforderliche Reform verständigen würden, weil dann die Kommunen für das Wirtschaftsjahr 2020 nach der alten Rechtslage keine Bescheide erlassen dürfen. Wir hoffen, dass das den handelnden Personen in Berlin auch bewusst ist.

Nicht weniger wichtig und intensiv ist die Frage in Nordrhein-Westfalen über die Beibehaltung der Beiträge nach dem Kommunalabgabengesetz diskutiert worden. Hierbei haben sich die Kommunen, zusammen mit dem Städte- und Gemeindebund, für eine Beibehaltung des Kommunalabgabengesetzes ausgesprochen. Dies aber nicht, weil wir eine Entlastung der Anlieger nicht wollen, sondern weil die Erfahrungen zeigen, siehe Integrationspauschale, dass in Zeiten knapper Kassen Bund und Länder ihre vollmundigen Versprechungen auch gerne revidieren. Den Letzten beißen dann bekanntlich die Hunde und die Kommunen hätten die Aufgabe, die fehlenden Gelder an anderer Stelle wieder reinzuholen.

Eine Förderung durch das Land, bezogen nur auf den Anteil der Anlieger, wird auch durch die Kommunen begrüßt. Ein Budget von 65 Mio Euro für 2020 bei 396 Kommunen zeigt mir aber, dass wir nicht wirklich von einer Entlastung sprechen können.

Das Stadtentwicklungskonzept, begleitet und unterstützt durch das Büro PostWelters beschäftigt sich mit wichtigen Fragen zur Zukunft von Rhede.

Auch wenn die Resonanz und Beteiligung in der Bevölkerung hinter meinen Erwartungen zurückgeblieben ist, so haben dennoch diejenigen, die sich eingebracht haben, wertvolle Beiträge, Tipps und Ideen gegeben. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der verschiedenen Veranstaltungen und Workshops bedanken. Ich hoffe, dass Verwaltung und Politik, mit der Unterstützung des externen Büros, ein für alle Bürgerinnen und Bürger gutes zukunftsfähiges Stadtentwicklungskonzeptes aufstellen werden.

Die Digitalisierung schreitet voran und hat auch das Rheder Rathaus voll im Griff. Im letzten Jahr haben wir im Rahmen des E-Government – als Baustein zur Digitalisierung – das digitale Bewerbermanagement inkl. Prozessoptimierung und zudem die digitale Personalakte eingeführt, ferner den Baustein e-Payment für die bis jetzt eingeführten Prozesse des Standesamtes. In den nächsten zwei Jahren werden wir – interkommunal mit der KAAW – Prozesse zur Vorgabenumsetzung des Online-Zugangsgesetzes abarbeiten und danach bis zum Jahr 2022 weitere digitale Prozesse für Bürgerinnen und Bürgern anbieten. Ebenso sollen diese sicher per "Servicekonto NRW" in die Internetportale/Homepages für die Bürger eingebettet werden.

Zudem wird in den nächsten zwei Jahren die E-Akte in der Verwaltung kommen, was sicherlich einige Jahre Umsetzung erfordert. Nächstes Jahr möchten wir mit dem Ausrollen eines verwaltungsweiten Aktenplans beginnen und dann stufenweise in den Fachbereichen umsetzen. Gleichfalls sind wir mit dem Kreis Borken im Austausch zur Etablierung einer E-Akte im Bereich Soziales bis 2022. Eine Kooperation im Bereich Bauakte soll hieran anschließen.

Ziel ist es den Bürgerinnen und Bürgern digital interessante Lösungen für Verwaltungsdienstleitungen anzubieten genauso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit, in einer modernen Verwaltung, diese Dienstleitungen zu erstellen.

Spätestens seit der Bewegung fridays for future und der Europawahl stehen umweltpolitische Themen hoch im Kurs. Der Klimawandel ist auch in unserer Region angekommen und zeigt sich an unterschiedlichsten Stellen.

Die Sommer der Jahre 2018 und 2019 waren extrem warm und eine große Herausforderung für Mensch, Natur und Tiere. Niederschlag war, nicht nur im Sommer, auch über das gesamte Jahr, eine Ausnahme. Dies hat feststellbare Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel. Die Landwirtschaft erzielt deutlich weniger Erträge auf ihren Flächen, Bäume vertrocknen oder können sich gegen Befall nicht wehren. Es besteht somit dringender Handlungsbedarf.

Forderungen, keine weiteren Flächen in Anspruch zu nehmen, sprich zu versiegeln, erteile ich aber eine deutliche Absage. **Eine Stadt muss sich entwickeln, Stagnation bedeutet Rückschritt.** Dies ist eine deutliche Erkenntnis aus dem Stadtentwicklungskonzept, was derzeit läuft und in dem uns deutlich vor Augen geführt wurde, dass eine jährliche Zunahme an Wohnungen unerlässlich ist, damit die Einwohnerzahl konstant gehalten werden kann. Entscheidend wird aber sein, wie wir mit den wertvollen und knappen Ressourcen umgehen.

Wir müssen in diesem Zusammenhang uns aber auch immer hinterfragen, was wir hier in Rhede tun können, um den Forderungen der heutigen Jugend gerecht zu werden. Ganz oben steht da für mich der **nachhaltige Umgang mit den knappen Flächenressourcen.**

Wir sind hoffentlich in der glücklichen Lage, neue Gewerbeflächen im Westen unseres Stadtgebietes ausweisen zu können. Bei der Vergabe dieser Flächen sollten wir stärker als bisher auf eine **ökologische und nachhaltige Bebauung** achten, auch wäre es erstrebenswert, wenn die Unternehmen nicht einfach nur in die Fläche bauen, weil der Quadratmeterpreis für Bauland günstiger ist, sondern beispielsweise Verwaltungstrakte auf Produktionsstätten aufzusetzen. Ich begrüße den Vorstoß aus Bocholt, hier einheitliche Standards im Kreis Borken zu finden.

Gleiches gilt für die Wohnbaulandentwicklung. Auch hier werden wir verstärkt in den **Geschosswohnungsbau** gehen müssen, um neben einem geringeren Flächenverbrauch auch bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Alexander Gerst hat auf seiner Mission im All am 25.11.2018 eine Videobotschaft für die nachfolgenden Generationen aufgezeichnet. Er hat folgendes gesagt:

„Ich muss mich bei Euch entschuldigen. Im Moment sieht es so aus, als ob wir, meine Generation, Euch den Planeten nicht gerade im besten Zustand hinterlassen werden. Im Nachhinein sagen natürlich immer viele Leute, sie hätten davon nichts gewusst, aber in Wirklichkeit ist es uns Menschen schon sehr klar, dass wir im Moment den Planeten mit Kohlendioxid verpesten, dass wir das Klima zum Kippen bringen, dass wir Wälder roden, dass wir die Meere mit Müll verschmutzen, dass wir die limitierten Ressourcen viel zu schnell verbrauchen und dass wir zum Großteil sinnlose Kriege führen. Und jeder von uns muss sich da natürlich an die eigene Nase fassen und sich überlegen, wohin das gerade führt. Ich hoffe sehr für Euch, dass wir noch die Kurve kriegen und ein paar Dinge verbessern können, und ich würde mir wünschen, dass wir nicht bei Euch als die Generation in Erinnerung bleiben, die Eure Lebensgrundlage egoistisch und rücksichtslos zerstört hat. Ich bin mir sicher, dass Ihr die Dinge inzwischen sehr viel besser versteht, als meine Generation und wer weiß, vielleicht lernen wir ja auch noch etwas dazu, dass ein Blick von außen immer hilft, dass dieses zerbrechliche Raumschiff Erde sehr viel kleiner ist, als die allermeisten Menschen sich das vorstellen können, – wie zerbrechlich seine Biosphäre ist und wie limitiert seine Ressourcen, dass es sich lohnt, mit seinem Nachbar gut auszukommen, dass Träume wertvoller sind, als Geld und dass man ihnen eine Chance geben muss, dass Jungen und Mädchen Dinge genauso gut können, dass die einfachen Erklärungen oft die falschen sind und dass die eigene Sichtweise immer unvollständig ist, dass die Zukunft wichtiger ist, als die Vergangenheit und dass man niemals ganz erwachsen werden soll. Ich wünschte, ich könnte durch Eure Augen in die Zukunft schauen, in Eure Welt und wie Ihr sie seht. Das geht leider nicht und

deswegen ist das Einzige, was mir bleibt, zu versuchen, Eure Zukunft möglich zu machen und zwar die Beste, die ich mir vorstellen kann.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Ausführungen von Alexander Gerst ist nicht viel hinzuzufügen. Wir sollten diesen Aufruf zum Anlass nehmen, über unser Tun und Handeln hier in Rhede nachzudenken und verantwortungsvoll unsere Aufgaben als Politiker und Verantwortliche in der Verwaltung wahrnehmen. Wir können als Rhede nicht Deutschland retten und Deutschland nicht die Welt, aber wir können ein **best-practice-Beispiel** sein um damit unseren Beitrag für die nachfolgenden Generationen zu leisten.

Lassen Sie uns gemeinsam diese große Herausforderung angehen und ein Umdenken in den Köpfen der Menschen erreichen. Es wäre wünschenswert, wenn wir gemeinsam Mindeststandards festlegen und durch Aufklärung und Anregungen die Menschen bewegen, von sich aus noch etwas drauf zu legen. Rhede ist eine schöne, eine freundliche und liebenswerte Stadt. Ich sehe aber mit Sorge, wie sich so mancher Eigentümer abschottet, blickdichte und hohe Zäune bis an die Straße baut und aus Bequemlichkeit Flächen versiegelt werden. Diesen Menschen müssen wir zu verstehen geben, dass das nicht die Stadtentwicklung ist, wie wir sie uns vorstellen.

Was ich mir bei der Diskussion zu diesem wichtigen Thema und unsere Zukunft aber sehnlichst wünsche, ist Ehrlichkeit. Ich habe immer wieder den Eindruck, wir werden als Endverbraucher manipuliert und nicht aufgeklärt. Oft geht es den Beteiligten nur um wirtschaftliche Interessen oder um Macht. Macht, Recht zu bekommen, ohne vielleicht Recht zu haben. Fast schon heuchlerisch finde ich dann Anträge, den Klimanotstand ausrufen zu wollen, aber nicht bereit zu sein, einer solchen gewichtigen Entscheidung Taten folgen zu lassen. Wer Notstand ruft, muss dem auch alles andere unterstellen, heißt Feuerwerk, Silvesterböller und Osterfeuer sind tabu.

Energievermeidung und ökologische Erziehung sind gefühlt wirkungsvoller, als vorschnelle Verbote und Gebote. Ich möchte ehrliche Antworten auf meine Fragen haben.

- 1) Ist die Elektrifizierung wirklich die Antriebsart der Zukunft oder doch Wasserstoff oder beides oder in Kombination mit den vorhandenen Antriebsarten bei besseren technischen Standards?
- 2) Verursacht die Produktion der E-Fahrzeuge tatsächlich so viele Immissionen wie behauptet wird?
- 3) Können wir den Energieverbrauch an Strom, wenn Abend für Abend Millionen Fahrzeuge an die Ladung gehen, aufbringen?
- 4) Ist der Diesel wirklich so schädlich, wie immer behauptet wird oder rührt ein wesentlicher Teil der Feinstaubbelastungen aus anderen Quellen?
- 5) Können wir von einer Landwirtschaft, wie sie sich viele wünschen, überhaupt leben, bzw. ist eine solche Landwirtschaft überlebensfähig und sind Lebensmittel dann noch bezahlbar?

Bisher habe ich hierzu noch keine zufriedenstellende Antworten von den Verantwortlichen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft erhalten. Fahrverbote gibt es schon und die Abschaffung der anderen Antriebsarten für 2030 wird auch schon politisch gefordert. Ich fühle mich dabei nicht mitgenommen.

Nur das, wovon Menschen überzeugt sind, kann sich letztendlich auch durchsetzen. Kaiser Wilhelm hat einmal gesagt: „Das Auto ist nur ein vorübergehender Zustand und wird das Pferd nicht ersetzen.“ Dieses Zitat zeigt, dass die da oben nicht unbedingt alles besser wissen!

Dennoch sehe ich mehr denn je die Notwendigkeit für Veränderungen und wir sollten sie dort schon einmal vornehmen, wo wir von ihnen überzeugt sind – und das wird schon nicht wenig sein.

III.

Beim Stellenplan gibt es keine großartigen Veränderungen, lediglich eine Reduzierung um 0,32 Stellenanteile. Im öffentlichen Dienst haben die Verantwortlichen schon erkannt, dass man sich in der Vergangenheit „kaputt gespart“ hat, auch und gerade beim Personal. In der Gegenwart wird sichtbar, wenn Stellenausschreibungen laufen, dass kaum oder nur im beschränkten

Umfang qualifizierte Bewerbungen eingehen. Die Herausforderungen in Rhede der letzten Jahre wären auch ohne zusätzliches Personal nicht zu schaffen gewesen, insofern geht mein Dank in Richtung Politik für die Zurverfügungstellung der erforderlichen und notwendigen Stellenressourcen. Seien Sie versichert, dass der Verwaltungsvorstand bei Neu- und Umbesetzungen immer eine Optimierung der Abläufe in der Verwaltung im Blick hat, letztlich auch mit dem Ziel einer Stellenreduzierung.

Dennoch erfordern die aktuellen Marktverhältnisse Flexibilität und Handlungsmöglichkeiten. Wer unsere ausführlichen und informativen Beschlussvorlagen liest, wird unweigerlich feststellen, mit welcher hoher Qualität aber auch Quantität in der Verwaltung gearbeitet wird. Dies geht nur mit entsprechend qualifiziertem Personal.

IV.

Bevor Ihnen jetzt der Haushaltsentwurf durch unseren Kämmerer vorgestellt wird, möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich bei unserem Kämmerer Hermann-Josef Schmeing, seinem Stellvertreter Martin Bröker und dem gesamten Team für die geleistete Arbeit der letzten Wochen bedanken. Mein Dank gilt auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, am Bauhof, dem Klärwerk, der Haustechnik und in den Schulsekretariaten. Sie alle haben wieder einmal hervorragende Arbeit geleistet. Danke auch noch einmal ausdrücklich an meine Flachbereichsleiterin und Fachbereichsleiter, die mit der um drei Monate vorgezogenen Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2020 und gefühlt gleich nach Verabschiedung des Haushaltes 2019, mit der neuen Haushaltsaufstellung beginnen mussten. Ab jetzt haben Sie wieder ein ganzes Jahr Zeit, bevor der Kämmerer zur Haushaltsklausur einlädt.

Auch Ihnen meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordneten, danke ich für Ihre geleistete Arbeit in diesem jetzt noch nicht ganz abgelaufenem Jahr und freue mich auf die anstehenden Haushaltsberatungen mit Ihren Fraktionen.